

Quelle: <https://nationalinterest.org/feature/how-ukraine-crisis-can-be-solved-206082>

nationalinterest.org

## **Wie die Ukraine-Krise gelöst werden kann**

von Christian WHITON

05.01.2023

6-8 Minuten

Um den Krieg in der Ukraine in naher Zukunft zu beenden, wird Washington direkt mit Moskau verhandeln müssen. Je früher es das tut, desto besser. Und wenn die Regierung Biden nicht bereit ist, diesen Schritt zu tun, können die Republikaner vielleicht endlich eine Außenpolitik betreiben, die sich von der der Demokraten unterscheidet.

Die Biden-Regierung glaubt, dass die Ukraine ein gutes Thema für sie war, da sie dazu beigetragen hat, die Demütigung der USA in Afghanistan und andere Enttäuschungen in der Welt zu überdecken. Dennoch bleibt dieser Konflikt, um ein Zitat von General Omar Bradley aufzugreifen, "der falsche Krieg, am falschen Ort, zur falschen Zeit und mit dem falschen Feind".

Amerika befindet sich in einem entscheidenden Wettstreit mit China, das die Vorherrschaft in einer Welt anstrebt, die gezwungen wäre, seinem Modell der High-Tech-Tyrannie zu folgen. Der Ukraine-Krieg hat die Grenzen von Russlands konventioneller Militärmacht aufgezeigt und erneut bewiesen, dass viele europäische Regierungen ihre eigene Verteidigung niemals angemessen finanzieren werden, wenn sie erwarten, dass Amerika mit Waffen und geliehenem Geld einspringt.

Die Ukraine ist nicht bereit, allein ernsthaft zu verhandeln. Auch wenn der ukrainische Präsident in einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses erklärt hat, dass die Ukraine verhandlungsbereit ist und Moskau nicht, ist die Realität komplizierter. Keine der beiden Seiten scheint zu territorialen Zugeständnissen bereit zu sein, ohne die eine Verhandlungslösung unwahrscheinlich erscheint. Auch wenn die Position der Ukraine auf einem starken moralischen Argument beruht, ist Kiew kaum in der Lage, einen groß angelegten Krieg fortzusetzen - geschweige denn verlorenes Territorium zurückzuerobern - ohne umfangreiche und kontinuierliche US-Hilfe, einschließlich amerikanischer Waffen, Munition, Geheimdienstinformationen, operativer Beratung und Geld.

Zelenskyy war nicht der erste ausländische Kriegsführer, der sich an den Kongress wandte, der vollständig von der Unterstützung der USA abhängig ist. Der irakische Staatschef Nouri al-Maliki tat dies im Jahr 2006. Der afghanische Premierminister Hamid Karzai tat dies im Jahr 2004. Beide sahen sich de facto oder de jure mit einem Regimewechsel konfrontiert - der Irak mit iranischer Vorherrschaft und Afghanistan mit den Taliban -, nachdem die amerikanische

Öffentlichkeit und schließlich auch der Kongress der unbefristeten, erfolglosen Verpflichtungen überdrüssig waren.

Das größte Opfer dieses Fluchs war der südvietnamesische Präsident Ngo Dinh Diem, der 1957 während der Eisenhower-Regierung vor einem bewundernden Kongress sprach. Der nächste Bewohner des Weißen Hauses, John F. Kennedy, nickte einen Staatsstreich ab, der zufällig mit der Ermordung Diems endete. Das militärische Engagement der USA für die schwierige Sache dauerte tragischerweise noch anderthalb blutige Jahrzehnte, erlahmte aber schließlich doch.

Amerikas notwendiger Rückzug aus Vietnam ist es wert, bei der Festlegung der US-Politik in der Ukraine berücksichtigt zu werden. Als Außenminister Henry Kissinger die Verhandlungen einleitete, die schließlich zum Pariser Abkommen und zum Rückzug der USA führen sollten, wurde deutlich, dass Saigon nicht bereit war, mit Hanoi über Bedingungen zu verhandeln, die es akzeptieren konnte, und auf unrealistischen Zugeständnissen bestand, die es auf dem Schlachtfeld nicht hatte erreichen können. Kissinger führte im Wesentlichen eine bilaterale Verhandlung mit Hanoi, während er die südvietnamesische Regierung mit sich zog. Das war nicht schön - Kriege zu beenden ist es oft nicht -, aber der Schritt war unerlässlich angesichts der öffentlichen Opposition gegen die Fortsetzung des Krieges und der Erkenntnis von Präsident Richard Nixon und Kissinger, dass der Krieg die Vereinigten Staaten von anderen und wichtigeren Feldern der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion ablenkte. Heute wird Washington in ähnlicher Weise mit der Regierung der Ukraine verfahren müssen.

Und warum? Der russische Präsident Wladimir Putin und seine Regierung scheinen bereit zu sein, in der Ukraine langfristig zu kämpfen. Russland hat bewiesen, dass es sich mit "eingefrorenen Konflikten" wohlfühlt. Gerüchte, Putin sei krank oder stehe kurz vor seiner Absetzung, haben sich im vergangenen Jahr wiederholt als falsch erwiesen. Die russische Wirtschaft kommt gut zurecht, mit einer der fähigsten Zentralbankerinnen, Elvira Nabiullina, an der Spitze. Moskau hat starke Anreize, den Krieg noch ein weiteres Jahr bis zum nächsten Winter fortzusetzen, wenn Europa mit einer noch größeren Energiekrise konfrontiert sein könnte als heute. Putin hofft, dass hohe Energiepreise und Stromausfälle die allgemein einheitliche Position Europas zur Unterstützung der Ukraine spalten werden.

Im Gegensatz dazu haben die Vereinigten Staaten vier Gründe, sich jetzt um eine Einigung zu bemühen:

Erstens sollte sich Washington auf die Abschreckung Chinas konzentrieren und kann dies derzeit nicht ausreichend tun. So wurden beispielsweise Waffen, die Taiwan gekauft hat, in die Ukraine umgeleitet. Die 100 Milliarden Dollar, die Washington der Ukraine angeboten hat, hätten im Pazifik viel bewirken können.

Zweitens könnte dieser Konflikt, wenn er nicht in irgendeiner Form gelöst wird, Washington für lange Zeit davon abhalten, sich neu auf China auszurichten, so dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten mit schrumpfenden Marine- und Luftstreitkräften im Pazifik und einem Militär zurückbleiben, das sich zu sehr auf Kämpfe im Nahen Osten wie in Syrien und in europäischen Gebieten wie der Ukraine konzentriert. Nicht viel von diesem Fachwissen ist relevant, um einen intensiven Kampf auf See, in der Luft und im Weltraum mit einem gleichwertigen Konkurrenten wie China zu verhindern.

Drittens: Wenn das amerikanische Volk und der Kongress dieses jüngste Engagement satt haben, wird die Regierung Biden oder ihr Nachfolger der Ukraine den Geldhahn zudrehen, und Kiew könnte viel mehr an Russland verlieren, als wenn die Verhandlungen jetzt beginnen würden.

Viertens würde ein solches Ergebnis, das den Misserfolgen in Vietnam, Irak und Afghanistan ähneln würde, der Glaubwürdigkeit der USA weitaus mehr schaden als eine gut ausgehandelte Vereinbarung.

Kann die Regierung Biden direkte Verhandlungen aufnehmen? Einiges Gemurmel von Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrates, das den Wunsch nach Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau signalisiert, könnte ein Anfang sein. Die Regierung hat jedoch nur wenige Schritte unternommen, um mit Russland diplomatisch zu verhandeln. Die Beziehungen zwischen den beiden Seiten sind heute so eng wie seit der Kennedy-Regierung nicht mehr.

Wenn die Biden-Beamten nicht die Führung übernehmen wollen, könnten die Republikaner im Kongress und die Präsidentschaftskandidaten zum Frieden aufrufen und unsere eigenen nationalen Interessen an die erste Stelle setzen, indem sie das Militär wieder auf die vernachlässigte Aufgabe konzentrieren, China im Pazifik abzuschrecken und die Energiepreise zu senken, was, ob man will oder nicht, mehr russisches Öl und Gas auf dem internationalen Markt erfordern wird.

Oder die Republikaner könnten unerklärlicherweise die gleiche de facto "Europa zuerst"-Außenpolitik der Demokraten und der Medien beibehalten und abwarten, wie die Wähler reagieren, die es leid sind, die Kriege anderer Leute zu führen.

Christian Whiton ist Senior Fellow am Center for the National Interest. Er war ein leitender Berater des Außenministeriums während der Regierungen von George W. Bush und Trump.

Bild: Shutterstock.

+++

[nationalinterest.org](https://nationalinterest.org)

# How the Ukraine Crisis Can Be Solved

by Christian Whiton

6–8 Minuten

---

To end the war in Ukraine in the near future, Washington will have to negotiate directly with Moscow. The sooner it does so, the better. And if the Biden administration is unwilling to take this step, perhaps Republicans can finally field a foreign policy that is differentiated from that of the Democrats.

The Biden administration believes that Ukraine has been a good issue for it, helping to obscure U.S. humiliation in Afghanistan and other disappointments around the world. However, this conflict remains, to borrow a quote from General Omar Bradley, “The wrong war, at the wrong place, at the wrong time, and with the wrong enemy.”

America is in a critical contest with China, which seeks to reign supreme in a world that would be compelled to follow its model of high-tech tyranny. The Ukraine War has demonstrated the limits of Russia’s conventional military power and proven again that many European governments will never adequately fund their own defense if they expect America to step in with arms and borrowed money.

Ukraine is not willing to negotiate seriously on its own. Even though its president told a joint session of Congress that Ukraine is willing to negotiate, and Moscow is not, reality is more complicated. Neither side appears ready to make territorial concessions, without which a negotiated settlement seems unlikely. While Ukraine’s position is based on a strong moral case, Kyiv has little ability to continue fighting a large-scale war—much less reconquer lost territory—without substantial and continuing U.S. assistance, including American weapons, ammunition, intelligence, operational advice, and money.

Zelenskyy wasn’t the first foreign wartime leader entirely dependent on U.S. support to address Congress. Iraqi leader [Nouri al-Maliki](#) did so in 2006. Afghan Prime Minister [Hamid Karzai](#) did so in 2004. Both faced *de facto* or *de jure* regime change—Iraq to Iranian dominance and Afghanistan to the Taliban—after the American public and eventually the Congress tired of open-ended, unsuccessful commitments.

The biggest victim of the curse was South Vietnamese President [Ngo Dinh Diem](#), who addressed an admiring Congress in 1957 during the Eisenhower administration. The next occupant of the White House, John F. Kennedy, nodded at a *coup d'état* that incidentally ended with Diem's murder. The U.S. military commitment to the difficult cause tragically lasted a bloody decade-and-a-half more, but still eventually flagged.

America's necessary exit from Vietnam is worth considering in setting U.S. policy in Ukraine. By the time Secretary of State Henry Kissinger began what would eventually result in the Paris Accords and U.S. withdrawal, it was becoming clear that Saigon was unwilling to negotiate with Hanoi on terms it could accept, insisting on unrealistic concessions it had failed to win on the battlefield. Kissinger conducted what was essentially a bilateral negotiation with Hanoi while dragging along the South Vietnamese government. This wasn't pretty—ending wars often isn't—but the step was essential given public opposition to continuing the war and a realization by President Richard Nixon and Kissinger that war was distracting the United States from other and more important fields of contest with the Soviet Union. Today, Washington will have to proceed in a similar manner with the government of Ukraine.

Why? Russian president Vladimir Putin and his government seem willing to fight in Ukraine for the long term. Russia has demonstrated it is comfortable with "frozen conflicts." Rumors that Putin is in ill health or about to be deposed have been repeatedly proven wrong over the past year. The Russian economy is muddling along just fine, with one of the most skillful central bankers, Elvira Nabiullina, at its helm. Moscow has strong incentives to continue the war another year into next winter, when Europe may face an even greater energy crisis than it does today. Putin hopes that high energy prices and blackouts will splinter Europe's generally unified position in support of Ukraine.

In contrast, the United States has four reasons to seek a deal now:

First, Washington should be focused on deterring China and currently cannot do this sufficiently. For example, weapons that Taiwan purchased have been diverted to Ukraine. The [\\$100 billion](#) that Washington has offered Ukraine could have gone a long way in the Pacific.

Second, without a resolution of some sort, this conflict could keep Washington from reorienting toward China for a long time, leaving the United States and its allies with shrinking naval and aviation assets in the Pacific and a military too focused on fighting in Middle East backwaters like Syria and European settings like Ukraine. Not much of this expertise is relevant to deterring an intense naval, airborne, and space-based fight with a peer competitor like China.

Third, when the American people and the Congress get tired of this latest commitment, the Biden administration or its successor will cut off Ukraine, and Kyiv could lose much more to Russia than it would if negotiations started now.

Fourth, such an outcome, which would resemble failures in Vietnam, Iraq, and Afghanistan, would be far more damaging to U.S. credibility than a well-negotiated deal.

Can the Biden administration undertake direct negotiations? Some murmurs from National Security Council staffers signaling a desire for Kyiv to negotiate with Moscow could be a start. But the administration has taken few steps to attempt much diplomacy with Russia. There are fewer relationships between the two sides now than during any time since the Kennedy administration.

If Biden officials won't take the lead, congressional Republicans and presidential candidates could call for peace and for putting our own national interests first, refocusing the military on the neglected mission of deterring China in the Pacific and cutting energy prices, which, like it or not, will require more Russian oil and gas on the international market.

Or Republicans could inexplicably keep the same *de facto* "Europe first" foreign policy of the Democrats and media and see how voters with a perfect history of tiring of fighting other people's wars respond.

*Christian Whiton is a senior fellow at the Center for the National Interest. He was a State Department senior advisor during the George W. Bush and Trump administrations.*

*Image: Shutterstock.*